

KGW's Rundschreiben



22.12.2016
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Wenn man die EU betrachtet muss man erkennen, dass die Politiker versuchen, die Reste Europas zusammen zu halten.

Griechenland: dass sich Griechenland seinerzeit die Mitgliedschaft in der EU erschlichen hat, ist hinreichend bekannt. Nach wie vor ist Griechenland eine ungelöste Krise, aber in den Medien als Thema fast verschwunden. Es ist bekannt, dass sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel gegen den Rat von Fachleuten und Ökonomen entschieden hat und Griechenland in der EU hielt. Man hat die durchschnittlichen Laufzeiten für Kredite des Rettungsschirms EFSF um weitere 4 Jahre verlängert und die Risiken steigender Zinsen zusätzlich durch günstige Konditionen gestützt. 2015 hat der Bundestag entschieden, einem weiteren Milliardenkredit nur zuzustimmen, wenn sich der Internationale Währungsfonds (IWF) beteiligt. Während der IWF auf weiteren Schuldenerleichterungen besteht, lehnt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dies ab. Somit ist es verständlich, dass Alexis Tsipras in der letzten Woche mit dem wohlklingenden Spruch bei der Bundeskanzlerin angetreten ist: Griechenland wolle nicht mehr als Teil Krise sondern als Teil der Lösung wahrgenommen werden. Im eigenen Land hat er Pluspunkte gesammelt (und damit die Geldgeber irritiert), weil Athen Sonderzahlungen an bedürftige Rentner vorbereitet. Noch ist der IWF in seiner Meinung geradlinig und will den bisherigen Schlingerkurs (irgendwie wird es schon gehen) nicht mehr weiter mittragen. Vielleicht steht das Thema Austritt Griechenlands aus der EU irgendwann noch einmal auf der Agenda.

Italien: aus dem Referendum ist Matteo Renzi als Verlierer hervorgegangen. Seine Reformen führten ins Leere und deshalb verwundert es auch nicht, dass er seit 1945 bereits der 64. Regierungschef in Italien war. Der Italiener liebt die Show und als der Rechte Berlusconi nicht mehr bis zum hohen C kam, wurde er als Tenor abgelöst und durch den Linken Renzi ersetzt. Dass aber dieser Leichtsinn vom italienischen Steuerzahler übernommen werden muss, scheint der italienische Wähler wohl noch nicht erkannt zu haben. Heute steht das Land mit 2,2 Billionen Euro in der Kreide. Es ist somit in der Verschuldung weltweit nach den USA und Japan auf Rang 3. Der Italiener Draghi bewahrte „den Stiefel“ vor einer Krise und pumpte massiv Geld in den Markt, indem er Staats- und Unternehmensanleihen aufkaufte. Die jüngsten Zahlen sagen, dass die EZB italienische Staatsanleihen in Höhe von bislang 188 Milliarden Euro gekauft hat. Hier hat der neue italienische Premierminister, Paolo Gentiloni, einen politischen Auftrag und sollte nicht auf eine Lösung durch die EZB hoffen. Bisher wurde vor allem in der Presse nicht bestätigt, dass man in Rom mit dem Europäischen Rettungsfonds ESM verhandelt hat, um die angeschlagene Großbank Monte dei Paschi di Siena (MPS) mit 15-20 Milliarden Euro zu stützen. Man kann sich natürlich auch auf den Standpunkt stellen, dass das, was 2012 in Spanien mit der Stützung seines Bankensektors recht war, heute in Italien billig sein muss. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass halb Europa in der Finanzkrise seine Banken mit Steuergeldern gerettet hat (auch Deutschland). Nach den neuen Regeln sollen die Steuerzahler allerdings verschont werden und die Gläubiger müssen ihre Banken retten. Fakt ist, dass die drittgrößte Volkswirtschaft des Euroraums dringend Reformen umsetzen muss. Solange allerdings billiges Geld fließt, ist der Sparwille der italienischen Regierung gleich Null. Wenn die EU einen Rettungsschirm für Italien aufspannen muss, wird es kritisch.

Der Euro: den Vätern des Euro war bekannt, dass man ein vereintes Europa nicht erzwingen kann und deshalb haben sie es mit dem gemeinsamen Euro versucht. Mit den unterschiedlichen Staatsstrukturen (wie Währungs- und Zinspolitik) taten sich Ungleichgewichte auf. Was vorher mit Wechselkursveränderungen (Abwertung) möglich war, ging durch die gemeinsame Währung nicht mehr. Somit vernichtete der Euro millionenfach Existenzen in Europa und dieser Prozess hält weiter an. Eine Folge sind politische Protestbewegungen. Da Deutschland auf der volkswirtschaftlichen Sonnenseite steht, fehlt es an der Erkenntnis, diesen Trend zu verstehen. Die Exportquote, die Beschäftigung und viele andere Punkte in Deutschland sind gut und somit fällt es den Deutschen leicht, mit dem Finger auf andere Volkswirtschaften zu zeigen und von denen Reformen einzufordern. Es wird aber schwerlich

gelingen, einem Italiener oder Griechen die deutsche Denkweise beizubringen (oder umgekehrt). Für alle europäischen Volkswirtschaften gilt der 25 Jahre alte Maastricht-Vertrag. Bisher allerdings wurde er von den EU-Staaten (auch von Deutschland) über 230mal gebrochen. Dass die Schulden trotzdem einigermaßen im Rahmen lagen liegt daran, dass die Zinsen massiv gesunken sind.

Der US-Dollar: die Fed-Präsidentin Janet Yellen hat den Leitzins erhöht. In Amerika wird sie sprachlich als „Taube“ bezeichnet und deshalb liegt es ihr wahrscheinlich fern (wie Ben Bernanke und Alan Greenspan es in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs gemacht haben), die Zinsen weiter anzuheben. Im Wahlkampf hat sich der neue Präsident Donald Trump über die Niedrigzinsen beschwert und gleichzeitig angedeutet, die Steuern zu senken und die Staatsausgaben zu erhöhen. Investoren sehen darin kurzfristig einen Wachstumsschub für die US-Wirtschaft. Wenn Trump allerdings sein Wahlversprechen umsetzt, Jobs nach Amerika zurück holt und Billigimporte begrenzt, ist ein starker Dollar Gift. Denn dann würde sich der Konkurrenzdruck aufs Ausland verschärfen. Macht er es wahr und belegt die Billigimporte mit Strafzöllen, würde das den Dollar schwächen. Seine Steuersenkungen, die nur finanziert wären, würden auf Sicht das Vertrauen in die Währung erschüttern. Es wird wohl an der politischen Arbeit Trumps sowie weiterer Veränderungen durch Janet Yellen liegen, ob sich die Dollarstärke auch in Zukunft behaupten kann. Besonders hart trifft sie im Augenblick die Schwellenländer, die sich in der US-Währung verschuldet haben. Somit bewahrheitet sich der Ausspruch von John Connally (Finanzminister unter Richard Nixon): „Der Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem!“

Syrien: bisher hat die EU dem Kriegsgeschehen in Aleppo tatenlos zugesehen. Deshalb ist der Bürgermeister Brita Hagi Hasan nach Brüssel gereist, um den Politikern klar zu machen, dass Sympathien nicht weiter helfen, sondern nur Taten. Vielleicht kann der jetzige Vorsitzende, Donald Tusk, die Politiker in Brüssel wachrütteln, damit Männer, Frauen und Kinder in Aleppo Überlebenschancen haben.

Türkei: die europäischen Politiker sind zurzeit auf Distanz zum radikalen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gegangen. Trotzdem halten sie am Flüchtlingsabkommen fest. Es scheint aber so, dass die vielen Milliarden, die man an die Türkei gezahlt hat, in Alternativprojekten besser angelegt gewesen wären. Würde man der österreichischen Argumentation folgen, wären die Beziehungen zur Türkei im Augenblick völlig auf Eis gelegt. Vielleicht ist hier das Sprichwort angebracht, nach dem die Zeit alle Wunden heilt (die im Augenblick sicherlich sehr tief sind).

Flüchtlinge nach Deutschland: dass Deutschlands Bevölkerung „vergreist“, ist bekannt. Im vergangenen Jahr allerdings ist sie durch Zuwanderung stark gewachsen. Während im Jahr 2015 (gemäß Migrationsbericht) Millionen Menschen Deutschland verließen, sind 2,14 Millionen Menschen zugewandert. 39% der Zuwanderer kamen aus EU-Ländern, 13% aus europäischen Staaten, die nicht Teil der EU sind, 30% aus Asien und 5% aus Afrika. Die zugereisten Türken (über 7.700) kamen als „Familiennachzug“. Laut dem Regierungssprecher Steffen Seibert haben die Gespräche zwischen Deutschland und der Türkei bezüglich des Kampfes gegen Schlepperbanden erhebliche Erfolge erzielt. Dadurch sind nicht so viele Menschen bei der Flucht über das Meer ertrunken. In unserer Information im Januar 2017 werden detailliert über Flüchtlinge, Asylbewerber und Abschiebepolitik informieren.

Es hat den Anschein, dass die EU-Politiker in Brüssel Europa verwalten. Es sind nicht vom Volk gewählte Vertreter, die lauthals die europäische Idee glorifizieren, Frieden, Freizügigkeit und Wohlstand anpreisen. Die Wahrheit ist aber, dass Europa nicht mehr Katalysator für Innovation und Erneuerung ist und nicht für das steht, für das es irgendwann einmal angetreten ist. Die wirtschaftspolitischen Probleme müssten dringendst angepackt und zur Lösung geführt werden. Die Niedrigzinspolitik lässt die Politik den Weg des geringsten Widerstands wählen und die längst überfälligen Reformen hinausschieben. Ob allen Bürgern in Europa bekannt ist, dass wir auf Sicht dafür bezahlen müssen mit Geld und eingeschränktem Wohlstand? Wir sind leider zu klein, um mit der Kritik in unserem Blättchen einen europäischen Kurswechsel zu erreichen.

Die Rohstoffmärkte

Wenn man **Nickel** im statistischen Vergleich sieht, dann ist der Preis seit Herbst recht konstant. Die Entwicklung können Sie aus der nachstehenden Tabelle ersehen. Man muss das aber in Relation zum US-Dollar sehen und den Trend nach oben erkennen.

Molybdän ist ähnlich gelagert und stabil auf niedrigem Niveau. Gefühlt bringt auch hier der US-Dollar den Wert nach oben.

Die **Ferrochrom**preise werden immer quartalsweise festgelegt. Man hatte für das 1. Quartal eine Erhöhung erwartet, aber gleich knapp 50% Steigerung nicht im Entferntesten für möglich gehalten.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
01.03.2016	1.0842	8.535	8.565	439.932	785	1.122
01.04.2016	1.1398	8.380	8.415	431.802	733	1.067
03.05.2016	1.1507	9.555	9.575	417.504	826	1.176
01.06.2016	1.1159	8.325	8.365	401.508	745	1.369
01.07.2016	1.1136	9.535	9.580	379.566	857	1.529
01.08.2016	1.1176	10.705	10.775	372.954	959	1.434
01.09.2016	1.1195	9.750	9.800	369.096	874	1.480
03.10.2016	1.1217	10.185	10.230	362.004	910	1.388
01.11.2016	1.1056	10.445	10.485	363.024	948	1.384
01.12.2016	1.0624	11.210	11.270	367.008	1.056	1.436
21.12.2016	1.0427	10.885	10.960	371.712	1.045	1.464

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

Die Entwicklung der Rohstoffpreise, des €/-\$-Kurses und Schrottes wird auch im Februar zu LZ-Anhebungen führen.

W-Nr.	Tiefste LZ 2016 €/to	Höchste LZ 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 Trend	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
4016	03/16 - 400	12/16 - 552	624	850										
4113	03/16 - 474	12/16 - 672	754											
4301	03/16 - 827	12/16 - 1.196	1.340	1.590										
4310 *)	03/16 - 780	12/16 - 1.124	1.261											
4310Mo*)	03/16 - 807	12/16 - 1.175	1.315											
4404	03/16 - 1.134	12/16 - 1.680	1.873	2.140										
4509	03/16 - 517	12/16 - 667	742	970										
4521	03/16 - 633	12/16 - 879	973											
4539	03/16 - 1.976	12/16 - 2.954	3.292											
4571	03/16 - 1.150	12/16 - 1.703	1.899	2.150										
4828	03/16 - 1.047	12/16 - 1.518	1.701											

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190	200	190	190	210	220	220	210	215	240	295
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750	780	760	750	770	810	820	810	840	1.010	1.080
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020	1.060	1.050	1.000	1.010	1.080	1.100	1.100	1.150	1.280	1.350

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

**Am Ende dieses Jahres bedanken wir uns für die erfolgreiche Partnerschaft und Zusammenarbeit.
Wir wünschen besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2017.**

Das KGW-Team